

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## 1934 bis 1944

### Band 2

## Die NS-Diktatur

**Band 2/108: 30.08.1939 – 28.09.1939**

**30.08.1939**

**NS-Regime:** Am späten Nachmittag (30. August 1939) steht der Wortlaut des sogenannten 16-Punkte-Planes endlich fest.

Dem polnischen Unterhändler sollen folgende Bedingungen ausgehändigt werden (x311/304-306): >>>Deutsch-polnisches Abkommen

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt aufgrund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.
2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder – Graudenz – Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen selbst entscheiden.
3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimmungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage und in diesem Gebiet wohnhaft gewesen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu diesem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.
4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, soweit er sich territorial auf die polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.
5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von 12 Monaten stattfinden.
6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.
7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

**8.** Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostprien und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau, gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf einen Kilometer festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.

Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Bahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

**9.** Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

**10.** Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

**11.** Um in diesem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter einer Handelsstätte erhalten, d.h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

**12.** Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

**13.** Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche und physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen.

Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

**14.** Um den in Polen verbleibenden Deutschen sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisation zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

**15.** Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streitkräfte anzuordnen und durchzuführen.

**16.** Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.<<

Bis Mitternacht (30. August 1939) trifft kein polnischer Unterhändler in Berlin ein.

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtet später über Hitlers Kriegspläne (x320/80-82): >>**Vom Polenfeldzug**

## **zum Weltkrieg**

### **Strategie, Improvisation und Chaos**

Folgte Hitler 1939 einem Generalplan zur Eroberung der Weltherrschaft? War der Angriff am 1. September für ihn nur der erste Schritt zur Besetzung des gesamten eurasischen Kontinents? Viele Indizien sprechen dagegen.

Ein vieldiskutiertes Thema sind Hitlers Kriegspläne zu Beginn des Polenfeldzugs 1939. Die vorherrschende Historikermeinung in Deutschland geht davon aus, daß Hitler einen lang gehegten und seit 1933 vorbereiteten Langzeitplan für einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg um den "Lebensraum im Osten" hatte. ...

Hitler hatte 1924 zwar in seinem Buch Mein Kampf geschrieben, und später mehrfach wiederholt, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen und mit deutschen Bauern besiedeln müsse, und er hatte 1941 mit der Eroberung der Ukraine und Weißrußlands auch so gehandelt, aber er hatte diese Absicht in seinen ersten Amtsjahren wohl aufgegeben und selbst zu Kriegsbeginn 1939 nicht mehr verfolgt. Für diese These steht eine Zahl schwerwiegender Indizien. ...

**5.** Hitler hatte im August 1939, nachdem er den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion in der Tasche hatte, den schon angesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht auf Polen drei Mal verschieben lassen - jedes Mal mit der Begründung vor der Wehrmachtsführung: "Ich brauche noch Zeit zum Verhandeln." Wenn Hitler unbedingt seinen Krieg um den Lebensraum im Osten hätte haben wollen, hätte er die Wehrmacht zum Angriff antreten lassen, nachdem sie ja bereits voll aufmarschiert war und ihm Stalin die erforderliche Rückendeckung dazu vertraglich zugesichert hatte. ...

**7.** Am zweiten Tag des Polenfeldzugs hat Hitler der englischen Regierung den Rückzug der deutschen Truppen aus Polen und Entschädigung für alle bis dahin entstandenen Kriegsschäden an Polen angeboten, wenn London dafür in Warschau die Rückkehr Danzigs in das Deutsche Reich und eine exterritoriale Verkehrsverbindung vom Reichsgebiet nach Ostpreußen vermitteln würde. Hätte Hitler ganz Polen als deutschen Lebensraum erobern wollen, hätte er ein solches Angebot während des überaus erfolgreichen Feldzugbeginns nicht übermitteln lassen.

**8.** Nach dem siegreichen Polenfeldzug hat Hitler der englischen und der französischen Regierung Frieden angeboten. Zum Angebot gehörte die Räumung Polens durch die Wehrmacht, bis auf Danzig und den Korridor. Hätte Hitler Polen als Lebensraum im Osten haben wollen, hätte er dieses Angebot nicht gemacht.

**9.** Hitler hatte 1939 kein Konzept für die Eroberung eines Lebensraums im Osten. Er wußte - das geht aus Gesprächsaufzeichnungen hervor - während des Polenfeldzugs noch nicht, was er nach einem Sieg mit Polen anfangen sollte. Hätte er 1939 noch immer vorgehabt, Lebensraum im Osten zu erobern, dann hätte er ein Konzept für das besiegte Polen parat gehabt. ...

**13.** Im Jahr 1945 erbeuteten die Sieger alle deutschen Akten und Archive und werteten sie unverzüglich nach Belastungsmaterial gegen die Reichsregierung und die Wehrmachtsführung aus. Im Nürnberger Prozeß konnte trotzdem kein einziges Dokument vorgelegt werden, das auf einen deutschen Vorkriegsplan zur Eroberung Polens, der Ukraine oder Rußlands hingewiesen hat. Hätte Hitler vor Kriegsausbruch geplant, Polen als Erweiterung des Lebensraums für Deutschland zu erobern, so hätten die Sieger nach dem Kriege sicherlich Akten hierzu präsentieren können. ...<<

**Polen:** In Polen erfolgt am 30. August 1939 die Mobilmachung (x041/98).

**31.08.1939**

**NS-Regime:** Hitler (oberster Befehlshaber der Wehrmacht) erteilt am Mittag des 31. August 1939 mit der "Weisung Nr. 1" den Angriffsbefehl gegen Polen (x105/245):

>>Geheime Kommandosache

Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Wege eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen.

Der Angriff gegen Polen ist nach den für den Fall Weiß getroffenen Vorbereitungen zu führen mit den Abänderungen, die sich beim Heer durch den inzwischen fast vollendeten Aufmarsch ergeben.

Aufgabenverteilung und Operationsziel bleiben unverändert.

Angriffstag: 1.9.1939

Angriffszeit: 4.45

Im Westen kommt es darauf an, die Verantwortung für die Eröffnung von Feindseligkeit eindeutig England und Frankreich zu überlassen. Geringfügigen Grenzverletzungen ist zunächst rein örtlich entgegen zu treten. Die von uns Holland, Belgien, Luxemburg und der Schweiz zugesicherte Neutralität ist peinlich zu achten ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über den 31. August 1939 (x311/353): >>... Um 21.15 Uhr, bzw. um 21.25 Uhr wurden Sir Nevile Henderson (britischer Botschafter) und Robert Coulondre (französischer Botschafter) in die Reichskanzlei gebeten. Staatssekretär von Weizsäcker übergab ihnen "zu ihrer Information" den Wortlaut der 16 Punkte des deutschen Angebots. Eine Viertelstunde zuvor (um 21 Uhr) hatte der deutsche Rundfunk sie bekanntgegeben und mit einem recht langen Kommentar versehen, der mit der Feststellung endete:

"... Somit haben der Führer und die Deutsche Reichsregierung nun zwei Tage vergeblich auf das Eintreffen eines bevollmächtigten polnischen Unterhändlers gewartet. Unter diesen Umständen sieht die Deutsche Regierung auch dieses Mal ihre Vorschläge praktisch als abgelehnt an, obwohl sie der Meinung ist, daß diese in der Form, in der sie auch der Englischen Regierung bekanntgegeben worden sind, mehr als loyal, fair und erfüllbar gewesen wären."<<

**Polen:** Der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, lehnt am 31. August 1939 Hendersons Vermittlungsversuche ab.

Lipski erklärt (x041/98): >>... nicht daran interessiert zu sein, mit Deutschland auf dieser Basis zu verhandeln. ...<<

Der französische Historiker und Politiker Jacques Benoist-Méchin (1901-1983) berichtet später in seinem Buch "Sommerkrise und Kriegsausbruch 1939. Das Deutsche Reich und die Geheimpolitik der europäischen Großmächte" über die polnische Reaktion nach der Bekanntmachung des deutschen 16-Punkte-Plans am 31. August 1939 (x311/353): >>... Kurz darauf brachte Radio Warschau eine heftige Erwiderung:

"Die heutige Bekanntmachung des deutschen offiziellen Kommuniqués hat die Ziele und Absichten der deutschen Politik klar gezeigt. Es beweist die offenen Aggressionsabsichten Deutschlands gegenüber Polen. ...

Deutschland habe vergeblich auf einen Abgesandten Polens gewartet. Die Antwort seien die militärischen Anordnungen der polnischen Regierung gewesen. Keine Worte können jetzt mehr die Aggressionspläne der neuen Hunnen verschleiern." ...<<

Die katholische Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 – 1989 berichtet später über die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (x853/...): >>... Obwohl wichtige polnische und britische Diplomaten wie Warschauer Botschafter in Washington, Paris und London bzw. Englands Missionschef in Berlin vor einer Frontstellung gegen Deutschland warnten und das Hinnehmen weiterer Revisionen des Versailler Vertrages durch Hitler empfahlen, schwenkten ihre Regierungen immer deutlicher auf den von Roosevelt gewünschten Kurs der Konfrontation ein.

Nachdem sich die Amerikaner in Geheimgesprächen bereit erklärt hatten, nach Ausbruch ei-

nes europäischen Krieges "sich zu gegebener Zeit so zu verhalten wie 1917", fühlten sich die Polen stark genug, Hitlers Forderungen nach Rückkehr Danzigs zum Reich und einer Straßen- wie Eisenbahnverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen sowie besserer Behandlung der Volksdeutschen kompromißlos abzulehnen.

Durch die Besetzung Böhmens und Mährens im März 1939 durch die Deutsche Wehrmacht und die Degradierung der Tschechei zu einer Halbkolonie gewarnt, wollte die polnische Führung nicht ein ähnliches Schicksal riskieren und zog die offene Auseinandersetzung vor. Wie Alfred Schickel in seinem Referat dokumentierte, waren die Polen im Mai 1939 nicht nur von der Unabwendbarkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt, sondern setzten auch ganz auf Sieg. Dem britischen Legationsrat Ogilvie-Forbes sagte der polnische Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, am 31. August 1939 selbstbewußt, daß er "in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren" und "daß im Falle eines Krieges Unruhen in diesem Land (Deutschland) ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden".

Von der gleichen Siegeszuversicht war auch die polnische Führung in Warschau erfüllt und hatte bereits Nachkriegspläne für ein alsbald besiehtes Deutsches Reich entwickelt. Danach sollten Ostpreußen, Danzig, Ostpommern und Oberschlesien an Polen fallen, die dortige deutsche Bevölkerung "transferiert" (vertrieben) und Deutschland im übrigen "in einen süddeutschen und einen norddeutschen Block" geteilt werden. So war nach den Forschungsergebnissen des ZFI-Leiters der Weg zum deutsch-polnischen Konflikt im Jahre 1939 "keine pure deutsche Einbahnstraße, sondern das Resultat mehrseitiger Aktivitäten und Selbstüberschätzungen". ...<<

### **01.09.1939**

**NS-Regime:** Nach einem blutigen Grenzzwischenfall, der von deutschen SS-Sondereinheiten inszeniert wird (vorgetäuschter polnischer Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz in Oberschlesien), beginnt am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den vorgetäuschten Überfall auf den Rundfunksender Gleiwitz (x051/217): >>Gleiwitz, deutsche Großstadt im ober-schlesischen Industrievier.

Auf den Rundfunksender Gleiwitz wurde am Abend des 31.8.39 auf Befehl von SD-Chef Heydrich ein fingierter Überfall von einem Einsatzkommando unter SS-Sturmbannführer Naujocks verübt. Damit sollte vor der Weltöffentlichkeit der Beweis erbracht werden, daß polnische Grenzübergreifungen einen Grad erreicht hätten, der militärische Gegenmaßnahmen (Polenfeldzug) als Notwehr erscheinen lassen würde.

Entsprechend der Äußerung Hitlers vor hohen Militärs auf dem Obersalzberg am 22.8.39, er werde einen "propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig, ob glaubhaft", wurden von Heydrich drei Aktionen geplant, deren spektakulärste die gegen den Sender Gleiwitz werden sollte: Auf das Stichwort aus Berlin: "Großmutter gestorben" besetzte Naujocks mit seiner als polnische "Insurgenten" getarnten Gruppe gegen 20 Uhr den Sende- raum, unterbrach das Programm und ließ einen polnischen Aufruf zum Kampf gegen die Deutschen verlesen.

Er war aber nur lokal zu hören, weil Gleiwitz überregional nur über den Sender Breslau aus- strahlte, der nicht zugeschaltet war. Währenddessen wurde Gefechtslärm simuliert und ein betäubter Häftling (SS-Jargon: "Konserve") an der Tür niedergelegt und erschossen. Er blieb nach Ende der ca. 20-minütigen Aktion zum Beweis der angeblichen polnischen Täterschaft zurück.

Die propagandistische Ausschlichtung der vorgetäuschten Überfälle - es liefen zugleich Ak-

tionen gegen das Zollhaus Hochlinden und das Forsthaus Pitschen, wo ermordete KZ-Häftlinge in polnischen Uniformen zurückgelassen wurden - machte Schwierigkeiten wegen der Panne mit der Senderreichweite und wegen des Übergewichts der folgenden Kriegsergebnisse. Auch herrschte schon seit den Gerüchten um den Reichstagsbrand im In- und v.a. Ausland tiefe Skepsis bei nationalsozialistischen Entrüstungsfeldzügen.<<

### **Beginn des Zweiten Weltkrieges**

Am 1. September 1939 "bedankte" sich Hitler bei den westeuropäischen Siegermächten für die vielen "Geschenke", die sie den demokratischen Regierungen der Weimarer Republik starrsinnig verwehrt" hatten. Nach den großen außenpolitischen Erfolgen überspannte Hitler den Bogen, denn Hitler konnte einfach kein Maß halten, so daß er letzten Endes alle Erfolge leichtfertig zerstörte. Nun begann die NS-Außenpolitik der Völkerrechtsbrüche und der sinnlosen Gewalttaten, die schließlich zur Vernichtung des gesamten Ostjudentums und der deutschen Ostsiedlung führen sollte.

Hitler konnte die Welt schließlich nicht etwa in den Krieg reißen, weil die deutsche Wehrmacht und die deutsche Rüstungswirtschaft überlegen waren, sondern hauptsächlich kam es zum Kriegsausbruch, weil der sowjetische Diktator Hitlers Kriegspläne förderte (Hitler-Stalin-Pakt) und die damaligen militärischen, diplomatischen und moralischen Gegengewichte der gegnerischen Westmächte zu schwach waren und größtenteils versagten.

Viele Deutsche, besonders die älteren Generationen, die bereits den katastrophalen Ersten Weltkrieg erlebt hatten, wirkten nach dem Kriegsbeginn wie gelähmt. Allenthalben herrschte große Betroffenheit und Ratlosigkeit.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über den Beginn des Zweiten Weltkrieges (x051/663-664): >>Zweiter Weltkrieg. Von dem Historiker L. Dehio stammt die umstrittene Behauptung, "in der zusammenhängenden Kette der europäischen Hegemonialkriege" hingen die beiden Weltkriege "miteinander als zwei Akte desselben Dramas" zusammen; der Zweite Weltkrieg sei also so etwas wie eine – wenn auch radikalisierte – Folge und Fortsetzung des Ersten gewesen. ...

Schon räumlich sprengte die nationalsozialistische Zielprojektion alle Dimensionen einer relativ begrenzten, traditionellen Revisions- und nationalstaatlichen Hegemonialpolitik, selbst wenn man die an sich schon sehr weiträumigen Kriegszielplanungen des kaiserlichen Deutschland etwa in Rußland, in Frankreich und in Mittelafrrika zum Vergleich heranzieht: Nach der militärischen Niederringung der Sowjetunion sollte ein deutsch beherrschter kontinentaleuropäischer "Lebensraum" von der Biskaya bis zum Ural die Versorgungsbasis für den als Fernziel anvisierten Endkampf gegen die USA um die Weltvorherrschaft abgeben.

Wieder – wie schon 1914 – lag der Schlüssel für den Erfolg dieser Globalstrategie bei Großbritannien: Würde es sich mit den Ressourcen seines Empires als "Juniorpartner" an die Seite Deutschlands stellen oder zusammen mit den USA einen neuen deutschen Vorstoß zur Weltmachtstellung wieder blockieren? Dann allerdings stand die von Hitler an sich stets abgelehnte Vernichtung des britischen Weltreiches als nächstes direkt nach der Sowjetunion und noch vor den USA auf dem Programm.

Diese schon räumlich total überdehnten Kriegsziele bedingten eine permanente Überforderung und Verzettelung der beschränkten eigenen Kräfte. Ihre radikale Dynamik und letztlich alternativlose, da eine rechtzeitige politische Kompromißlösung bis zum bitteren Ende ausschließende, Unabänderlichkeit beruhte nicht nur – wie im Ersten Weltkrieg – auf machtpolitischen und wirtschaftshegemonialen Ansprüchen der deutschen Machteliten (Autarkie), sondern v.a. auch zum ersten Mal auf einer dogmatisierten Rassenideologie als offizielle Staatsdoktrin, die im "ewigen Kampf ums Dasein" (Sozialdarwinismus) das natürliche Recht auf "Lebensraum im Osten" und auf Versklavung der dortigen Bevölkerung aus der angeblichen "Höherwertigkeit" der nordisch-germanischen Rasse ableitete.

Die unausweichliche Konsequenz dieser Rassenutopie war eine bisher unbekannte Ideologisierung, Fanatisierung und Brutalisierung der Kriegführung im Osten als antibolschewistischer "Vernichtungskampf" und "Kampf zweier Weltanschauungen" (Hitler 30.3.41) und der Besatzungspolitik in Polen und in der Sowjetunion (12.6.42 Generalplan Ost): Sie hatte nicht mehr nur die militärische Unterwerfung des Gegners, Raumgewinn und wirtschaftliche Ausbeutung, sondern weit darüber hinaus die Herabstufung der Bevölkerung in ein Helotendasein und teilweise sogar ihre physische Ausrottung zum Ziel und ließ entsprechend alle überkommenen Normen des Völkerrechts weit hinter sich (13.5.41 Kriegsgerichtsbarkeitserlaß, 6.6.41 Kommissarbefehl).

Nicht zufällig wurden mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.41 und der ersten dramatischen Zuspitzung der Kriegslage im Herbst 41, als sich abzeichnete, daß der wider Erwarten ungünstige Kriegsverlauf eine zeitweilig anvisierte "Gettolösung" in Sibirien oder den Madagaskarplan in weite Ferne rücken ließ, die entscheidenden Schritte zur physischen Endlösung der Judenfrage in die Wege geleitet. ...<<

### **NS-Euthanasie**

Hitler ordnete am 1. September 1939 das Euthanasieprogramm ("Vernichtung lebensunwerten Lebens") an. NS-Reichsleiter Philipp Bouhler und Karl Brandt (1904-1948, Mediziner und ab 1944 SS-Gruppenführer, seit 1934 Hitlers Begleitarzt) wurden mit der Durchführung beauftragt. Die Euthanasie sollte sich vor allem auf unheilbar Geistesranke und behinderte Kinder erstrecken, deren Unterhalt und Pflege der Gesellschaft nicht zugemutet werden konnte.

Die ersten Mordopfer, die das NS-Regime vergasen ließ, waren keine Juden, sondern Geistesranke und andere sogenannte "lebensunwerte" Deutsche. SS-Oberführer Viktor Brack war für die "Abwicklung" der Euthanasie-Aktion "Gnadentod" bzw. "Aktion T4" zuständig.

Von Dezember 1939-1941 ließ Brack mehr als 70.000-100.000 deutsche Geistesranke und sogenannte "unheilbar Kranke" in den Euthanasie-Anstalten "beseitigen"(x036/70, x061/483). Während der "Aktion T 4" wurden mindestens 70.273 Menschen umgebracht (x033/200). Nach anderen Quellen wurden im Rahmen des Euthanasie-Programms rund 190.000 behinderte Deutsche ermordet und etwa 375.000 Deutsche zwangssterilisiert (x244/399).

Infolge der massiven Proteste von Angehörigen der Opfer und Geistlichen beider Kirchen stoppte das NS-Regime ab August 1941 vorübergehend die Vergasungen der "lebensunwerten" Deutschen. Die NS-Ärzte und das Pflegepersonal setzten die Ermordung der Behinderten danach jedoch in vielen Anstalten mit Giftspritzen und Hungerrationen fort. Bis zum Kriegsende wurden insgesamt etwa 200.000 behinderte Menschen durch das NS-Regime ermordet (x067/126).

SS-Oberführer Viktor Brack war nach Einstellung der "Aktion T4" wesentlich am Aufbau der Vernichtungslager in Polen beteiligt und leitete dort hauptsächlich den Bau der Gaskammern. Auch die anderen "erfahrenen Tötungsspezialisten" der "Aktion T4" (ca. 500 Personen) wurden später mehrheitlich in den Vernichtungslagern eingesetzt.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Euthanasie" (x051/165-166): >>Euthanasie (griechisch = schöner Tod), Sterbehilfe; die Hilfe zur Beschleunigung des Ablebens eines Menschen, der dem sicheren Tod geweiht ist.

Sie ist rechtlich nur zulässig, wenn mit ihr keine Abkürzung des Lebens verbunden ist. Als Euthanasie bezeichneten die nationalsozialistischen Machthaber die in den Jahren 1939-45 durchgeführte Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.

Die Euthanasiemaßnahmen im Dritten Reich waren Ausfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung: "Alles Schwache muß ausgeschaltet werden."

Mit allen Mitteln der Propaganda wurde das nationalsozialistische Gedankengut in die Öffentlichkeit getragen. Vor allem der Film wurde hierzu verwendet, indem suggestiv die Frage gestellt wurde, wozu den einzelnen und den Staat mit unheilbaren Geisteskranken, die als "un-

nütze Esser" galten, belasten, wenn ein vernünftiger Arzt sie von ihrem Leiden erlösen kann (z.B. "Das Erbe", 1935; "Opfer der Vergangenheit", 1937).

Später wurde die Problemstellung nicht mehr auf Geisteskranke beschränkt, sondern auf unheilbar Kranke ausgedehnt ("Ich klage an").

Am Anfang stand die Kinder-Euthanasie. Der Anstoß zu dieser Vernichtungsaktion kam von außen: Ende 1938 wandten sich Angehörige eines mißgebildeten Kindes an Hitler mit der Bitte, das Kind von "seinem Leiden" zu erlösen. Er erteilte die Genehmigung und beauftragte seinen Leibarzt, Brandt, das Erforderliche zu veranlassen.

Gleichzeitig gab er ihm und Reichsleiter Bouhler, Chef der "Kanzlei des Führers", mündlich die Ermächtigung, in ähnlichen Fällen analog zu verfahren, wobei die KdF keinesfalls in Erscheinung treten dürfe. Unter dem Namen "Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erforschung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden" wurde daraufhin eine Organisation geschaffen, die anfangs geisteskranke und mißgebildete Kinder bis zum Alter von drei Jahren erfaßte, später auch ältere.

Die Kinder wurden von ausgewählten Ärzten aufgrund der Meldung und einer kurz gefaßten Krankengeschichte begutachtet. Die als "lebensunwert" selektierten Kinder kamen in sogenannte Kinderfachabteilungen besonderer Heil- und Pflegeanstalten, wo sie getötet wurden.

Parallel zu der Kinder-Euthanasie lief das Euthanasie-Programm für erwachsene Geisteskranke an. Im Oktober 39 unterschrieb Hitler mit Datum vom 1.9.39 eine diesbezügliche Tötungsermächtigung.

Aufgrund dieser Ermächtigung wurde die "Aktion T4", die Massentötung psychisch kranker Erwachsener mittels Gas, durchgeführt. Auch in diesem Fall wurden die Kranken durch eine Fragebogen-Aktion erfaßt und die Fragebogen durch besondere ärztliche Gutachter – die "Kreuzleschreiber" – ausgewertet.

Die zur Tötung ausgewählten Personen wurden zur Tarnung in Zwischenanstalten verlegt und von dort in eine der sechs Tötungsanstalten gebracht. Zur Vermeidung von Rückschlüssen auf die KdF waren auch bei der "Aktion T4" Scheinorganisationen gegründet worden, derer man sich im Verkehr nach außen bediente.

Als die Tötungen trotz Tarnmaßnahmen in der Bevölkerung bekannt wurden, stellte sich heraus, daß die propagandistischen Maßnahmen keinen Erfolg gehabt hatten. Auf Proteste – insbesondere von kirchlicher Seite – gab Hitler im August 41 den Befehl, die Aktion einzustellen.

Damit war die Ermordung von Geisteskranken jedoch nicht abgeschlossen. Nicht betroffen von der Einstellung waren die Kinder-Euthanasie und die "Aktion 14f13", eine Erweiterung der "Aktion T4" auf geisteskranke sowie arbeitsunfähige KZ-Häftlinge (Invaliden-Aktion). Letztlich wurden weiterhin erwachsene Kranke der Heil- und Pflegeanstalten getötet, allerdings nicht mehr durch Gas in den Tötungsanstalten, sondern durch Eingabe von Tabletten, Verabreichung von Spritzen oder Entzug der Nahrung im allgemeinen in den Verwahranstalten selbst. Nach noch vorhandenen Unterlagen fielen den Euthanasiemaßnahmen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer.<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die "Invaliden-Aktion" (x051/279): >>Invaliden-Aktion (Aktion 14f13), Bezeichnung für die Ausdehnung des Euthanasie-Programms auf KZ-Häftlinge.

Auf Veranlassung Himmlers begann man im Frühjahr 41 in den KZ kranke und arbeitsunfähige Häftlinge unter der Tarnbezeichnung "Aktion 14f13" (nach dem Aktenzeichen des Inspektors der KZ) zur "Vernichtung" auszusondern. Die Selektionen führten Ärzte der "Organisation T4" durch. Eine körperliche Untersuchung erfolgte im Allgemeinen nicht; die Ärzte stellten Fragen nach Krankheiten aufgrund vorgefertigter Meldebogen und trafen dann ihre Entscheidung: "Ausmusterung" oder Verbleiben im KZ.

Ausgesondert wurden nicht allein kranke und arbeitsunfähige Häftlinge; verschiedentlich fielen unter die Selektionen auch asoziale, kriminelle, politische und jüdische Häftlinge z.B. mit der Begründung: "deutschfeindliche Hetzer", "im Lager anmaßend, faul, frech", "mehrfache Lagerstrafen".

Die "Gutachter" lieferten die mit ihrer Entscheidung versehenen Meldebogen bei der "Organisation T4" ab, wo sie von der Unterabteilung Gemeinnützige Krankentransport GmbH (Gekrat) weiterbearbeitet wurden. Von der "T4" gingen nach der Bearbeitung der Meldebogen Verlegungslisten der "Ausgemusterten" an die "Tötungsanstalten" Bernburg, Sonnenstein oder Hartheim, die ihrerseits mit den KZ in Verbindung traten und die Überstellung der Ausgesonderten vereinbarten.

Vermutlich im April 43 befahl Himmler, nur noch geisteskranke Häftlinge "auszumustern". Die "Tötungsanstalten" Bernburg und Sonnenstein wurden geschlossen; Hartheim blieb bestehen. Anfang April 44 wurde der ursprüngliche "Vernichtungsbefehl" erneut erteilt. Die Tötungen erfolgten in Hartheim. Der letzte Transport von ausgesonderten Häftlingen wurde dort am 11.12.44 vergast. Danach mußten Häftlinge aus dem KZ Mauthausen die Vergasungsanlagen der Anstalt beseitigen.

Über die Gesamtzahl der bei der Invaliden-Aktion getöteten Häftlinge liegen nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß bis zum April 43 mindestens 10.000 in den "Tötungsanstalten" ermordet wurden. In Hartheim sind in der 2. Phase der Invaliden-Aktion seit April 44 allein 3.228 Häftlinge getötet worden.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schreibt später über die NS-Zwangssterilisation (x051/660-661): >>Zwangssterilisation, Unfruchtbarmachung ohne Einwilligung des Betroffenen.

Erste Aktion der Nationalsozialisten im Zuge einer Politik der Aufartung war die durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.33 ermöglichte Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Als erbkrank im Sinne des Gesetzes galt, wer an angeborenem Schwachsinn (Intelligenzminderung), Schizophrenie, zirkulärem Irresein (manisch-depressiv), an erblicher Fallsucht (Epilepsie), Veitstanz (Chorea Huntington), Blindheit, Taubheit oder an schwerer körperlicher Mißbildung litt. Auch schwere Trunksucht (Alkoholkrankheit) konnte als Erbkrankheit eingestuft werden.

Über die Anträge auf Zwangssterilisation, zu der beamtete Ärzte und Anstaltsleiter verpflichtet waren, entschieden Erbgesundheitsgerichte. Wurde die Zwangssterilisation beschlossen, so war sie innerhalb von 14 Tagen durchzuführen. Bei Nichtbefolgung wurden Zwangsmaßnahmen bis zur polizeilichen Einlieferung in eine Klinik ergriffen. Die Entlassung aus Heil- und Pflegeanstalten ohne vorherige Zwangssterilisation wurde verboten.

1939 wurde durch die Erbpflegerverordnung die Zwangssterilisation auf "dringende Fälle" beschränkt. Im Dritten Reich sind zwischen 250.000 und 300.000 Menschen zwangssterilisiert worden. Merklichen Widerstand dagegen gab es zunächst nicht, da die Nationalsozialisten auch hier geschickt Diskussionen der Weimarer Zeit um Eugenik (Erbpflege) und Rassenhygiene aufnahmen.

Methoden zur Zwangssterilisation ganzer Gruppen und Völker wurden in Menschenversuchen in den KZ Auschwitz und Ravensbrück erprobt.<<

Der deutsche Historiker Rolf Winau (1937-2006) schreibt später über die NS-Medizin (x051/378-379): >>Medizin, Wissenschaft von den Ursachen, Erscheinungsformen, der Vorbeugung und Heilung menschlicher Krankheiten (Humanmedizin).

Die Medizin im Nationalsozialismus war v.a. durch Menschenversuche in den KZ und die sogenannte Euthanasie, die Ermordung Geisteskranker, belastet. Sie war beherrscht von zwei Grundgedanken: Aufartung der nordischen Rasse bei gleichzeitiger Ausmerze von Artfremdem und Schwachem sowie Primat der Volksgesundheit vor der Individualgesundheit, gleich-

bedeutend mit einer Veränderung der ärztlichen Ethik, die die Verantwortung für das Kollektiv vor die für den Einzelnen stellte.

In beiden Bereichen wurden Vorstellungen aufgegriffen, die seit der Jahrhundertwende diskutiert wurden und ihre Wurzeln im Sozialdarwinismus hatten. Ziel der Medizin sollte es demnach sein, die durch Kultureinflüsse aufgehobenen Darwinschen Gesetze auch für den Menschen wieder zur Geltung zu bringen. Für den Bereich der Aufzucht war v.a. die Rassenhygiene zuständig, die als Pflichtfach an allen medizinischen Fakultäten ebenso wie im Schulunterricht eingeführt wurde. Praktische Auswirkungen waren das Erbhofgesetz, die Gründung des Lebensborns und die Nürnberger Gesetze.

Die Ausmerze verlief in drei Stufen:

1. Durch das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurde im Juli 33 die Grundlage für die Zwangssterilisation in großem Umfang geschaffen; dabei griff man auf Vorarbeiten der Weimarer Zeit zurück, wo jedoch stets die Zustimmung des Sterilisierenden gefordert wurde. In diesen Zusammenhang gehört auch das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit vom Oktober 38. –

2. Die Euthanasie, die 1939 zunächst als Kindereuthanasie, dann als Aktion T4, danach als Aktion 14f13 und später als "wilde" Euthanasie durchgeführt wurde und bei der v.a. psychisch Kranke die Opfer waren.

3. Nach der Wannseekonferenz die Ermordung der Juden, "Zigeuner" und anderer Gruppen in den Vernichtungslagern. Aus dem sozialdarwinistischen Ansatz ist auch die Arbeits- und Leistungs-Medizin des Dritten Reiches zu verstehen. In ihrem Dienst standen die neu gegründete vertrauensärztliche Organisation, die Arbeitseinsatzärzte und die Betriebsärzte mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Gesunden zu stärken und den Krankenstand in den Betrieben zu senken. Der Mensch war in dieser Sicht nicht mehr Subjekt, sondern Objekt der Medizin.

Zu Beginn des Dritten Reiches hatten die Nationalsozialisten versucht, auch in der Medizin eine Revolution einzuleiten. Ihr Ziel war eine Neue Deutsche Heilkunde, die insbesondere von Heß und Streicher gefördert wurde und die sich von der sogenannten jüdischen Fabrik-Medizin und der Schul-Medizin absetzen sollte. In der Weimarer Zeit erstarkte Laienbewegungen und die Heilpraktiker sollten in sie integriert werden. 1935 wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft für eine Neue Deutsche Heilkunde geschaffen, die jedoch nur kurzzeitig Bestand hatte. Im Dresdener Rudolf-Heß-Krankenhaus wurde versucht, Schulmedizin und Naturheilkunde im Sinne einer biologischen Medizin zu vereinigen. Das 1939 verabschiedete Heilpraktikergesetz ist ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Heilpraktiker, die mit diesem Gesetz erstmals anerkannt wurden, spielten in der Gesundheitsversorgung eine besondere Rolle, v.a. nach der Ausschaltung der jüdischen und sozialistischen Ärzte, die ihren Schlußpunkt in der 4. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom Juli 38 fand: Zum 30.9.38 wurde die Bestallung aller jüdischen Ärzte für erloschen erklärt. Von den ca. 9.000 jüdischen Ärzten, die am 1.4.33 im Deutschen Reich tätig waren, wurden danach noch 709 als sogenannte Krankenbehandlungler für jüdische Patienten zugelassen.

Die Verdrängung der jüdischen Ärzte war von Anfang an eine Grundforderung insbesondere des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebunds gewesen, der die so frei gewordenen Stellen mit jungen arbeitslosen "arischen" Medizinerinnen besetzen wollte. Wieweit gerade diese Forderung für den hohen Organisationsgrad der Ärzte in der Partei und ihren Gliederungen verantwortlich war, ist noch nicht geklärt. Dieser betrug ca. 45 % und lag damit doppelt so hoch wie der der Lehrer.

Die organisatorische Gleichschaltung der Ärzte erfolgte durch die Zerschlagung der Krankenkassen und die Gründung der Kassenärztlichen Vereinigung Deutschlands, durch die Auflösung der ärztlichen Spitzenverbände, die Gründung der Reichsärztekammer und durch den

Erlaß der Reichsärzteordnung. An der Spitze der deutschen Ärzteschaft stand nun ein Reichsärztführer, zunächst G. Wagner, danach ab 1939 Conti.<<

Das NS-Regime erläßt im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 1. September 1939 die "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" (x149/100): >>Das Abhören ausländischer Sender wird verboten. Wer die Meldungen ausländischer Sender verbreitet, kann mit dem Tod bestraft werden. ...<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über den "Rundfunk" nach dem Kriegsausbruch (x051/506): >>(Rundfunk) ... Am 1.9.39 wurde in der "Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen" den deutschen Hörern das Abhören ausländischer Sender verboten.

Im Inland-Rundfunk galt Programmkonzentration als das Gebot der Stunde. Ab Mai 40 waren sämtliche Rundfunksender "in ständiger Reichssendung zusammengeschaltet" (Diller), das bis zum 3.5.45 gesendete Einheitsprogramm des "Großdeutschen Rundfunks" wurde zunehmend auf Nachrichten, Wehrmachtberichte, politische Kommentare, Reportagen und Musik reduziert.

Im Auslandrundfunk (Kurzwellensender), bis 1939 in alleiniger Kompetenz des Propagandaministeriums betrieben, kam es wegen der umstrittenen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der gesamten Auslandspropaganda zu ständigen Ressortkämpfen zwischen Propagandaministerium, Wehrmacht und Auswärtigem Amt, das ab Mai 39 unter Gerd Rühle eine eigene Rundfunkabteilung aufbaute.

Die wichtigsten Aufgabengebiete des Auslandrundfunks während des Krieges waren neben der Fortführung des offiziellen staatlichen Auslandsprogramms: die "Neuordnung" des Rundfunks im besetzten Europa, der entweder dem Reichsrundfunk einverleibt (Österreich, Sender Prag II im Protektorat Böhmen-Mähren) oder der Militärverwaltung (Belgien) bzw. der Kontrolle der deutschen Reichskommissare unterstellt wurde (Dänemark, Niederlande, Frankreich, Norwegen); die Einflußnahme auf den Rundfunk der europäischen Verbündeten und Neutralen in Form von Rundfunkaustausch, Sendebeteiligungen, Subventionen u.a.m.; der Aufbau von Stör- und Geheimsendern, die unter der Tarnbezeichnung "Concordia" zusammengefaßt und von Erich Hetzler geleitet wurden, als Beispiel sei hier die "New British Broadcasting Station" (NBBS) genannt, an der auch der berühmte "Lord Haw-Haw" (Joyce) arbeitete; schließlich die Einrichtung von Abhördiensten, deren bekanntester unter dem Namen "Sonderdienst Seehaus" am Großen Berliner Wannsee begründet wurde und vom Oktober 41 bis April 45 unter der Verantwortung von Propagandaministerium und Auswärtigem Amt arbeitete.<<

**Polen:** Nach dem deutschen Überfall (die deutschen Angreifer treffen auf eine kampfbereite polnische Armee) verkündet der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Als die deutschen Truppen am 1. September 1939 angreifen und in Polen einmarschieren, bricht vielerorts Unheil und Tod über die Polen-Deutschen herein. Die alteingesessenen Volksdeutschen (polnische Staatsbürger), die trotz der Feindseligkeiten und Schikanen in Posen und Westpreußen geblieben sind, schweben nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in akuter Lebensgefahr. Nach den erbitterten Nationalitätenkämpfen der zurückliegenden 20 Jahre gibt es naturgemäß noch viele "offene Rechnungen".

In den ehemaligen deutschen Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Polen beginnen sofort planmäßig vorbereitete Verfolgungen der Volksdeutschen, denn die polnischen Propagandamedien hetzen schon seit Wochen gegen die Deutschen (x025/44): >>... daß im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird ... Bartholomäusnacht ...<<

Bei den polnischen Gewalttaten bzw. Massenverbrechen gegen die volksdeutschen Zivilisten handelt es sich mehrheitlich um keine spontanen Handlungen, denn man hat sie nachweislich sorgfältig geplant und vorbereitet. Einige Monate vor dem Kriegsbeginn lassen polnische Behörden z.B. 2 große Konzentrationslager errichten und erfassen die gesamte deutsche Intelligenz der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen in speziellen Fahndungslisten (x025/46).

Der deutsche Angriff ist schließlich das Startzeichen für großangelegte Verfolgungen. Während des deutsch-polnischen Krieges herrschen naturgemäß chaotische Zustände, so daß die Massenverbrechen der polnischen Miliz, Polizei und nationalen Jugendeinheiten zunächst im allgemeinen Chaos untergehen.

**Großbritannien:** Der britische Premierminister Chamberlain erklärt am 1. September 1939 vor dem Unterhaus (x300/152): >>... Was uns betrifft, so müssen wir nun die Zähne zusammenbeißen und in den Kampf ziehen, den abzuwenden wir ernst und aufrichtig bemüht waren. Wir müssen den Kampf bis zu Ende durchhalten. Wir gehen reinen Gewissens in den Kampf, Schulter an Schulter mit den britischen Dominien und den übrigen Teilen des britischen Imperiums, moralisch unterstützt vom größeren Teil der Erdkugel.

Wir haben keinen Konflikt und keinen Kampf mit dem deutschen Volk, sondern mit seinen Machthabern. Solange diese Regierung am Ruder ist und sich der Methoden bedient, die sie unaufhörlich in den letzten Jahren angewendet hat, gibt es keinen Frieden in Europa. Wir sind fest entschlossen, dazu beizutragen, daß diesen Methoden ein Ende gemacht werde.

Wenn wir durch unseren Kampf das internationale Vertrauen und den Glauben an das Recht wiederherstellen können, wenn wir dadurch erreichen können, daß man der Gewaltanwendung entsagt, dann werden auch die größten Opfer, die wir vielleicht bringen müssen, nicht umsonst gebracht sein.<<

**03.09.1939**

**NS-Regime:** Botschafter Henderson überreicht am 3. September 1939, um 9 Uhr, das "letzte britische Ultimatum" (x059/92): >>Wenn nicht bis 11 Uhr vormittags das Feuer gegen Polen eingestellt worden ist, befindet sich England mit Deutschland im Kriegszustand.<<

Als Hitler diese Nachricht erhält, reagiert er völlig überrascht, denn Außenminister Ribbentrop hatte eine britische Kriegserklärung stets ausgeschlossen (x069/177).

Der deutsche Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes, Dr. Schmidt, berichtet am 3. September 1939 über die Reaktion der NS-Führung nach Übergabe des britischen Ultimatus (x243/68): >>... Ich blieb in einiger Entfernung vor Hitlers Tisch stehen und übersetzte ihm dann langsam (das soeben übergebene) Ultimatum der britischen Regierung. Als ich geendigt hatte, herrschte völlige Stille. ...

Wie versteinert saß Hitler da und blickte vor sich hin. (Dann) wandte er sich Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stehen geblieben war.

"Was nun?" fragte Hitler seinen Außenminister mit einem wütenden Blick. ...

Im Vorraum herrschte Totenstille. Göring drehte sich zu mir um und sagte: "Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!"

Goebbels stand (im Vorraum und wirkte) ... niedergeschlagen. ...<<

Um 11.30 Uhr lehnt Hitler per Memorandum das britische Ultimatum ab. Nach Ablauf des Ultimatus überreicht Frankreich um 12.30 Uhr die Kriegserklärung. Australien, Neuseeland und Indien geben ebenfalls noch am selben Tag ihre Kriegserklärung ab, während der Irische Freistaat seine Neutralität erklärt (x033/11).

Um 14.30 Uhr informiert Hitler die Bevölkerung in einer Rundfunkansprache über den Kriegszustand des Reiches mit Großbritannien und Frankreich.

Im Verlauf dieser Rundfunkansprache erklärt Hitler (x311/458-460): >>Aufruf an das Deutsche Volk

Seit Jahrhunderten hat England das Ziel verfolgt, die europäischen Völker der britischen Weltoberungspolitik gegenüber dadurch wehrlos zu machen, daß ein Gleichgewicht der Kräfte proklamiert wurde, nachdem England das Recht in Anspruch nahm, den ihm jeweils am gefährlichsten erscheinenden europäischen Staat unter fadenscheinigen Vorwänden anzugreifen und zu vernichten. So hat es einst die spanische Weltmacht bekämpft, später die holländische, dann die französische und seit dem Jahre 1871 die deutsche.

Wir selber sind Zeuge gewesen des von England getriebenen Einkreisungskampfes gegen das Deutschland der Vorkriegszeit.

Sowie sich das Deutsche Reich unter seiner nationalsozialistischen Führung von den furchtbaren Folgen des Versailler Diktats zu erholen begann und die Krise zu überstehen drohte, setzte die britische Einkreisung sofort wieder ein. Die uns seit dem Weltkrieg bekannten britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt. Sie haben vor dem Weltkrieg gelogen, daß ihr Kampf nur dem Hause Hohenzollern oder dem deutschen Militarismus gelte, daß sie keine Absichten auf deutsche Kolonien hätten, daß sie nicht daran dächten, uns die Handelsflotte zu nehmen, und sie haben dann das deutsche Volk unter das Versailler Diktat gezwungen. Die getreue Erfüllung dieses Diktats hätte früher oder später 20 Millionen Deutsche ausgerottet.

Ich habe es unternommen, den Widerstand der deutschen Nation dagegen zu mobilisieren und in einer einmaligen friedlichen Arbeit dem deutschen Volk wieder Arbeit und Brot zu sichern. In eben dem Ausmaß, in dem die friedliche Revision des Versailler Gewaltdiktats zu gelingen schien und das deutsche Volk wieder zu leben begann, setzte die neue englische Einkreisungspolitik ein. Die gleichen Kriegshetzer wie vor 1914 traten auf.

Ich habe England und dem englischen Volk zahlreiche Male die Verständigung und die Freundschaft des deutschen Volkes angeboten. Meine ganze Politik war auf dem Gedanken dieser Verständigung aufgebaut. Ich bin stets zurückgestoßen worden und unter heuchlerischen Erklärungen wurden immer neue Vorwände gesucht, um den deutschen Lebensraum einzuengen und uns da, wo wir niemals britische Interessen bedrohten, das eigene Leben zu erschweren oder zu unterbinden.

England hat Polen zu jener Haltung veranlaßt, die eine friedliche Verständigung unmöglich machte. Es hat durch seine Garantieerklärung der polnischen Regierung die Aussichten eröffnet, ohne jede Gefahr Deutschland zu provozieren, ja anzugreifen zu dürfen.

Die britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht, das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914! Und der Kanzler des heutigen Reiches heißt nicht mehr Bethmann-Hollweg.

Ich habe schon in meiner Rede zu Saarbrücken und in Wilhelmshaven erklärt, daß wir uns gegen die britische Einkreisungspolitik zur Wehr setzen werden. Ich habe vor allem keinen Zweifel darüber gelassen, daß trotz aller Geduld und Langmut die polnischen Angriffe gegen Deutsche sowohl als gegen die Freie Stadt Danzig ein Ende finden müssen.

Gestärkt durch die britische Garantieerklärung und durch die Versicherungen britischer Kriegshetzer hat Polen geglaubt, diese Warnung in den Wind schlagen zu dürfen. Seit zwei Tagen kämpft nun die deutsche Wehrmacht im Osten, um die Sicherheit des Reichsgebietes wieder herzustellen. Der polnische Widerstand wird von unseren Soldaten gebrochen.

England aber kann glauben: Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen. Sie haben nicht hierzu wie England 40 Millionen Quadratkilometer auf dieser Erde durch Krieg erobert. Aber sie haben den Willen, auf dem Boden, der ihnen gehört, zu leben, und sich dieses Leben von England auch nicht nehmen zu lassen.

Wir wissen, daß nicht das britische Volk im ganzen für all dies verantwortlich gemacht werden kann. Es ist jene jüdisch-plutokratische und demokratische Herrschicht, die in allen

Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will, die unser neues Reich haßt, weil sie in ihm Vorkämpfer einer sozialen Arbeit erblickt, von der sie fürchtet, daß sie ansteckend auch in ihrem eigenen Lande wirken könnte.

Den Kampf gegen diesen neuen Versuch, Deutschland zu vernichten, nehmen wir nunmehr auf. Wir werden ihn mit nationalsozialistischer Entschlossenheit führen. Die britischen Geld- und Machtpolitiker aber werden erfahren, was es heißt, ohne jeden Anlaß das nationalsozialistische Deutschland in den Krieg ziehen zu wollen.

Ich war mir seit Monaten bewußt, daß das Ziel dieser Kriegshetzer ein schon seit langem gefaßtes war. Die Absicht, bei irgendeiner günstigen Gelegenheit, Deutschland zu überfallen, stand fest. Mein Entschluß aber, diesen Kampf zu führen und zurückzuschlagen, steht noch fester. Deutschland wird nicht mehr kapitulieren! Ein Frieden unter einem zweiten noch schlimmeren Diktat hat keinen Sinn.

Sklavenvolk sind wir nicht gewesen und wollen wir auch in Zukunft nicht sein! Was viele Deutsche in der Vergangenheit für den Bestand unseres Volkes und unseres Reiches an Opfern bringen mußten, sie sollen nicht größer gewesen sein, als jene, die wir bereit sind, heute auf uns zu nehmen. Dieser Entschluß ist ein unerbittlicher.

Er bedingt daher einschneidendste Maßnahmen. Er zwingt uns vor allem eines jetzt auf:

Wenn der Soldat an der Front kämpft, soll niemand am Kriege verdienen. Wenn der Soldat an der Front fällt, soll sich niemand zu Hause seiner Pflicht entziehen. - Wer sich diesen Geboten widersetzt, hat nicht damit zu rechnen, daß die Volksgemeinschaft auf ihn Rücksicht nimmt.

Im übrigen wissen wir:

Solange das deutsche Volk in seiner Geschichte einig war, ist es noch nie besiegt worden. Nur die Uneinigkeit des Jahres 1918 führte zum Zusammenbruch. Wer sich daher jetzt an dieser Einigkeit versündigt, hat nichts anderes zu erwarten, als daß er als Feind der Nation vernichtet wird. Wenn unser Volk in solchem Sinne seine höchste Pflicht erfüllt, wird uns auch jener Herrgott beistehen, der seine Gnade noch immer dem gegeben hat, der entschlossen war, sich selbst zu helfen.

Die für die Verteidigung und Sicherung des Reiches notwendigen Gesetze werden erlassen, die für ihre Durchführung und Einhaltung vorgesehenen Männer bestimmt. Ich selbst beuge mich heute an die Front. ...<<

Hitlers Ansprache an die NSDAP vom 3. September 1939 endet mit den Worten (x033/11):  
>>... Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen!<<

Der Chef der deutschen Sicherheitspolizei formuliert am 3. September 1939 "Grundsätze der inneren Staatssicherung während des Krieges" (x033/11): >>... Jeder Versuch, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen des deutschen Volkes zu zersetzen, ist rücksichtslos zu unterdrücken.<<

**Polen:** Am 3. September 1939 eröffnet man hauptsächlich im sogenannten "Korridor" bei Bromberg, in der Nähe von Lodz und in Warschau planmäßige Menschenjagden.

### **Der Bromberger Blutsonntag**

Obwohl polnische Freunde oder anständige Nachbarn die Volksdeutschen eindringlich vor möglichen Ausschreitungen gewarnt hatten, wurden die Volksdeutschen von den systematischen Massenausschreitungen vollkommen überrascht und erschüttert. Die meisten Polen-Deutschen waren sich keiner Schuld bewußt, aber die Schuldfrage war völlig gleichgültig, denn in jenen Tagen waren alle Volksdeutschen "vogelfrei".

Polnische Milizen und aufgehetzte polnische Zivilisten zogen zielstrebig durch die deutschen Siedlungen. Überall drangen polnische Militär-, Polizei- und Milizeinheiten sowie polnische Zivilisten gewaltsam in die Wohnungen und Häuser der Deutschen ein und schlugen die Wehrlosen grundlos zusammen. In einigen polnischen Kreisen trieb man die festgenommenen Volksdeutschen zusammen und hetzte sie danach tagelang ohne Verpflegung in Richtung

Kutno, Lowitsch oder Warschau (x029/234). Bei diesen brutalen Gewaltmärschen schlugen polnische Wachleute und der aufgehetzte Pöbel oftmals erbarmungslos auf die erschöpften Gefangenen ein.

Während des "Bromberger Blutsonntags" ereigneten sich die ersten vorsätzlichen Massensterben der deutsch-polnischen Geschichte. Der "Bromberger Blutsonntag" forderte in Polen etwa 6.000-7.000 deutsche Todesopfer (x025/44). Die Morde wurden mehrheitlich von polnischen Militär-, Polizei- und paramilitärischen Jugendeinheiten verübt, nur ein geringer Teil ging zu Lasten der aufgehetzten polnischen Zivilisten. Das schnelle Vordringen der deutschen Truppen verhinderte schließlich weitere Gewaltakte und rettete sicherlich vielen inhaftierten Volksdeutschen das Leben.

Katholische Geistliche der Erzdiözese Gnesen-Posen (Domkapitular Josef Paech, Prof. Dr. Albert Steuer und andere) bestätigten später, daß diese furchtbaren Verbrechen hauptsächlich von polnischen Polizeibeamten, Milizen und Soldaten des polnischen Heeres begangen wurden, die eigentlich schützend hätten eingreifen müssen. Obgleich das erzkatholische polnische Volk angeblich christlich und äußerst fromm war, ereigneten sich in vielen Orten unglaubliche Ausschreitungen, die in schärfstem Widerspruch zum christlichen Denken und Handeln der katholischen Kirche standen.

In einer unveröffentlichten Dokumentation berichtet das Bundesarchiv Koblenz über die Verschleppungsmärsche der Deutschen aus Posen und Pommerellen im September 1939 (x029/-234-235): >>... Die polnischen Behörden hatten von langer Hand Listen zu inhaftierender Personen angelegt. Sie umfaßten die gesamte deutsche Intelligenz der beiden West-Woiwodschaften. An ihrer Hand wurden die Aufgeführten, soweit man ihrer habhaft werden konnte, am 1. und 2. September ohne richterlichen Haftbefehl inhaftiert. ...

Die Verschleppten wurden nach Osten in Marsch gesetzt. Die Behandlung auf den Märschen durch Bewachungspersonal und Zivilpersonen war unmenschlich. Wer nicht mehr weiter konnte, wurde totgeschlagen. Einzelne Marschgruppen wurden fast vollständig aufgerieben, andere am 9. September in Lowitsch befreit, wieder andere am 17. im Kutno-Kessel, in Brest-Litowsk und in Bereza Kartuska, einige erst am 27. in Warschau nach dem Fall der Festung.

...

Insgesamt lassen sich 40 größere Marschgruppen (über 10, bis 1.000 Mann) feststellen, die zwischen nur einigen und etwa 300 Kilometern ganz oder größtenteils im Fußmarsch zurückgelegt haben. ...

Man kann mit etwa 10.000 verschleppten Deutschen aus Posen und Pommerellen sowie mit etwa 2.200 dabei Umgekommenen rechnen. Dazu kommen mehrere tausend Verschleppte aus Mittelpolen (aus Lodz allein mehr als 600) und Galizien.<<

Prof. Dr. Hermann Pfister schreibt später über die polnischen Gewalttaten im September 1939 (x064/137-138): >>Der deutsche Angriff ohne Kriegserklärung führte in Polen zu zahlreichen Ausschreitungen gegenüber den Volksdeutschen; sie waren bereits seit Verschärfung der deutsch-polnischen Kontroverse Ziel einer Kampagne gewesen, die ihnen pauschal Spionage- und Agententätigkeit und Sabotageakte im Auftrag der deutschen Regierung unterstellte - zum größten Teil unberechtigt, da, anders als in der Tschechoslowakei, der deutschen Minderheit von seiten der Reichsregierung nicht die gleiche weitgehende Aufgabe bei der politisch-propagandistischen Vorbereitung des Krieges zugedacht gewesen war. ...

Dennoch steigerte sich bei Kriegsbeginn die Haßwelle zu Brutalitäten und Exzessen. Von polnischer Seite erfolgten Verhaftungen nach vorbereiteten Listen, Deportationen, Mißhandlungen und verfahrenlose Erschießungen, die mehrere Tausend Opfer forderten. Am blutigsten verlief die Verfolgung der diffamierten Deutschen in Bromberg, wo am "Blutsonntag" (3. September) allein etwa 1.000 Menschen ermordet wurden. Insgesamt wird die Zahl der Toten und seit dem Pogrom Vermißten mit etwa 6.000 angenommen; polnische Angaben sprechen

von weniger als 5.000 Opfern; die NS-Presse meldete 58.000 - eine Zahl, die durch Verzehnfachung der ursprünglich bekannt gewordenen Toten erreicht wurde ...<<

Der deutsche Historiker Gotthold Rhode (1916-1990) schreibt später über den "Bromberger Blutsonntag" (x104/277,280-281): >>... Die Bluttaten (in Bromberg) sind dadurch gekennzeichnet, daß sie ganz offensichtlich von keiner militärischen oder zivilen Behörde der Republik Polen angeordnet worden waren (wie das bei den Internierungen und den Verbringungen in das KZ Bereza Kartuska und den Verschleppungen der Fall war), daß auch nicht eine bestimmte, genau abzugrenzende Tätergruppe dafür verantwortlich war, sondern daß sich hier die schreckliche Pressehetze der letzten Vorkriegswochen, die offiziellen Aufforderungen, auf "Diversanten (Saboteure)" zu achten, die maßlose Enttäuschung über die sich abzeichnende militärische Niederlage und eine von ungeordnet zurückflutenden Truppen ausgelöste Panikstimmung in unheilvoller Weise verstärkten und nach Schuldigen suchten. ...<<

>>... Das besonders Schreckliche an den Bromberger Bluttaten ist aber, daß nicht etwa standgerichtliche Verhandlungen und anschließende Exekutionen gegen angebliche "Heckenschützen" und Saboteure oder Spione mit noch so fadenscheinigen Beweisen stattfanden, sondern daß in der ganzen Stadt einschließlich der Vororte, durch die gar keine polnischen Truppen zurückgegangen waren und wo auch keine Schüsse gefallen waren, schon vom 2. September an grausamste Lynchjustiz von selbsternannten Vollsteckern geübt wurde.

Fast alle Augenzeugenberichte sprechen von irregulären mit Soldaten vermischten "Horden" oder "Banden", die die Mordtaten verübten. Glücklicherweise war dagegen, wer aufgrund falscher Aussagen regulär verhaftet und in das Gefängnis eingeliefert wurde, wie Pastor Staffel. Er wurde drangsaliert und geschlagen, kam aber mit dem Leben davon, während sein Amtsbruder Richard Kutzer zusammen mit seinem 73jährigen Vater und 60 weiteren Mitgliedern seiner Gemeinde im Vorort Jägerhof zuerst bestialisch gequält und danach ermordet wurde. ...

Der zum Teil durch Alkohol gesteigerte Blutrausch machte auch vor besonnenen Polen nicht halt. So wurde der polnische Malermeister P. erschossen, weil er sich für 2 deutsche Frauen von 64 und 36 Jahren einsetzte, die aus ihrer Wohnung mit einem Maschinengewehr (!) geschossen haben sollten. Beide blieben dank seines Einsatzes am Leben. ...

Diese und andere menschliche Handlungen, die in den Berichten festgehalten sind, erinnern die Nachgeborenen wie die Nachkommen an die Pflicht, sich jeder Pauschalverurteilung zu enthalten, zumal schon eine Woche nach dem "Blutsonntag", am 10. September, auf dem Friedensplatz polnische Geiseln und damit meist Unschuldige erschossen wurden.

Bestehen bleibt aber, daß von den Deutschen in Polen die Bromberger Deutschen am 3. und 4. September ein besonders hohes und schreckliches Blutopfer erbracht haben, und das nicht, weil sie gegen den polnischen Staat, sondern nur, weil sie Deutsche waren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 1.08.2009) über den "Bromberger Blutsonntag" (x887/...): >>**Die vergessenen Opfer**

Bei polnischen Massakern im Jahre 1939 starben über 5.800 Deutsche - Bis heute fehlt eine angemessene Publikation

Wenn zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des deutsch-polnischen Krieges in Zeitungen und Zeitschriften, bei Guido Knopp im ZDF und in Schriften der politischen Bildung Beiträge erscheinen, dann wird man alles finden über deutsche Ränke und Versäumnisse, Blut- und Raubtaten, Kriegslust und Vernichtungsgier, aber man wird voraussichtlich mit keinem Wort der Verfolgung der Volksdeutschen in Polen gedenken. Obwohl die an ihnen begangenen Grausamkeiten gut dokumentiert sind, fehlt bis heute eine zusammenfassende Publikation.

Dabei erschütterten die Vorkommnisse seinerzeit die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Man erfuhr von ihnen im Herbst 1939 durch heimkehrende Soldaten, von denen viele Augenzeugen gewesen waren, wie man überall in Polen die ermordeten Volksdeutschen aus Wäldern und Straßengräben geborgen hatte.

Sie hatten die Berichte der Angehörigen anhören müssen, die den Massakern entkommen konnten und nun ihre verschleppten Väter und Brüder suchten.

Heute ist davon in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr die Rede. In keinem Schulbuch steht etwas von der Verfolgung der Deutschen in Polen, keine "History"-Sendung unterrichtet darüber, in keiner offiziellen Feierstunde wird ihrer gedacht.

Dabei war die Verfolgung von Angehörigen anderer Volksgruppen etwa in Jugoslawien noch vor wenigen Jahren Grund genug, um Nato und Uno militärisch eingreifen zu lassen. Geht es aber um die blutigen Ereignisse im Polen des Jahres 1939, dann werden sie als unbedeutend beiseite geschoben oder man übernimmt sogar die polnischen Schutzbehauptungen, die toten deutschen Männer, Frauen und Kinder seien Opfer deutscher Luftangriffe gewesen oder als Partisanen von der polnischen Armee zu Recht erschossen worden. Und die deutsche staatliche Seite schweigt, um das deutsch-polnische Verhältnis nicht zu belasten.

Das nach dem Ersten Weltkrieg wieder gegründete Polen war von Anfang an ein Vielvölkerstaat. Die erste amtliche Volkszählung 1921 ergab etwa 69 Prozent Polen. Etwa 19 Prozent waren Ukrainer, fast acht Prozent Juden (die in Polen als Volksgruppe galten), und etwa 3,3 bis 3,9 Prozent - hier stritten sich deutsche Volksgruppe und polnische Regierung - waren Deutsche, das waren etwa 1,06 bis 1,4 Millionen Menschen. Ende 1918 hatten sogar ausweislich der letzten Vorkriegs-Volkszählung noch 2,4 Millionen Deutsche in den Gebieten gelebt, die 1919 zu Polen kommen sollten.

Dieser verhältnismäßig große Prozentsatz war kein Wunder, gehörten doch weite Teile früher zu Deutschland wie etwa Posen, Westpreußen und das östliche Oberschlesien. Es gelang der polnischen Mehrheit, im Laufe der Jahre mindestens etwa 800.000 Deutsche aus Polen hinauszudrängen ("entdeutschen" nannten die polnischen Wortführer die dabei angewendeten Methoden). Aber auch über eine halbe Million Juden wichen vor polnischen Diskriminierungen aus und emigrierten.

Obwohl sich Polen gegenüber der Versailler Friedenskonferenz verpflichtet hatte, seine nationalen Minderheiten zu schützen und ihnen kulturelle Autonomie zu gewähren, verfolgten die polnischen Regierungen eine Minderheitenpolitik nach der Devise, Polen müsse "so rein werden wie ein Glas Wasser" ("Polska musi być czysta jak szklanka wody!"). So wurden Minderheitenschulen geschlossen, Geschäftsleute boykottiert, Kirchengemeinden, sofern sie nicht römisch-katholisch waren (die der deutschen Volksgruppe waren ganz überwiegend evangelisch), schikaniert.

Als dann die politische Lage zwischen Deutschland und Polen immer angespannter wurde, wuchs der polnische Druck auf die deutsche Volksgruppe immer mehr. Im Sommer 1939 flohen die Deutschen in Massen aus ihrer Heimat nach Deutschland oder in die Freie Stadt Danzig; dort befanden sich Ende August Flüchtlingslager mit etwa 77.000 Volksdeutschen aus Polen.

Auch schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten gab es Opfer unter den deutschen Zivilisten. Die Zahl ist nicht mehr festzustellen. In der Literatur findet man sowohl die Feststellung, daß elf Deutsche getötet worden seien, als auch die Zahl 60.

Als am 1. September 1939 das Deutsche Reich die Feindseligkeiten eröffnete, brach eine Welle der Verfolgung gegen die bereits vorher registrierten Volksdeutschen und ihre Einrichtungen los. Allgemein bekannt ist der "Bromberger Blutsonntag" drei Tage nach Kriegsbeginn, doch wurden überall, vor allem in den westlichen polnischen Provinzen, die Deutschen zusammengetrieben und in langen Marschkolonnen - insgesamt waren es 41 - mit jeweils Hunderten von Frauen, Männern und auch Kindern - nach Osten getrieben, von Soldaten oder von bewaffneten Mitgliedern polnischer Milizen.

Wer nicht weiterkonnte, wurde erschossen. Auch fiel immer wieder der Pöbel über die wehrlosen deutschen Zivilisten her, prügelte auf sie ein und schlug manche tot. Zeitzeugen berich-

teten, daß sich vor allem Soldaten der vor der Wehrmacht zurückflutenden polnischen Truppenteile durch Grausamkeiten hervortaten, Soldaten, die die Volksdeutschen dafür verantwortlich machten, daß entgegen der polnischen Siegesgewißheit - man hatte ihnen vorgegaukelt, sie würden schon in wenigen Tagen siegreich in Berlin einmarschieren - nun überall die polnischen Einheiten geschlagen wurden.

Die deutsche politische Führung behauptete nach dem Sieg über Polen, es seien 58.000 Volksdeutsche von Polen ermordet worden. Diese Zahl war weit übertrieben und sollte wohl dazu dienen, das überaus harte deutsche Vorgehen in Polen zu begründen.

Bezeichnenderweise gab es keine amtliche Erhebung der Opferzahlen. Das überließ man der von Volksdeutschen nach Einstellung der Kampfhandlungen gegründeten "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten" in Posen. Ihr Leiter und ihre treibende Kraft wurde der volksdeutsche Historiker Dr. Kurt Lück. Er sah es als seine Hauptaufgabe an, die Schicksale der vielen immer noch vermißten Volksdeutschen zu klären. Im Laufe der ersten Nachkriegsmonate stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen umgebracht worden waren.

Die Gräberzentrale wurde, bezeichnenderweise bevor sie ihre Arbeit abgeschlossen hatte, im Mai 1942 geschlossen. Bis dahin konnte man 3.453 getötete Volksdeutsche und 2.339 Vermißte feststellen, von denen keiner wieder aufgetaucht war. Ihre Personalien und die Umstände ihrer Ermordung - soweit feststellbar - waren in einer umfangreichen Kartei festgehalten. Dr. Lück wurde eingezogen und fiel bald darauf an der Front.

Die Unterlagen fielen bei Kriegsende in polnische Hand. Der Historiker Altman vom polnischen West-Institut sorgte dafür, daß eine Kopie der Kartei 1959 dem Bundesarchiv überlassen wurde. Die gesamten Originalunterlagen, auch jene über die damals noch nicht aufgeklärten Fälle, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen (Archivum Panstwowe w Poznaniu) und können eingesehen werden. Nach Auskunft einer Gewährsperson hat bis heute aber kein deutscher Historiker danach gefragt. ...

Bis heute gibt es keine Abschlußzahlen der Verluste der deutschen Volksgruppe in Polen. Die seinerzeit von der "Gräberkartei" festgestellte Zahl von 5.792 Toten und Vermißten dürfte die untere Grenze darstellen; zusammen mit den erwähnten Fällen in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 kommt man auf etwas über 5.800 getötete deutsche Zivilisten in Polen im Jahre 1939.

Auf alle Fälle widerlegt die Tatsache, daß Tausende von Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen am Beginn des Krieges umgebracht wurden, die Behauptung maßgebender polnischer Persönlichkeiten wie etwa des zweimaligen Außenministers Wladyslaw Bartoszewski, die Polen seien nie Täter, sondern immer nur Opfer gewesen. ...

#### **Akten liegen seit 1959 unveröffentlicht im Bundesarchiv**

Die Unterlagen der "Zentrale für die Gräber der ermordeten Volksdeutschen in den eingegliederten Ostgebieten", die ihre Arbeit nicht abschließen konnte und daher nur vorläufige Verlustzahlen feststellte, befinden sich heute im Staatsarchiv Posen. Die von der "Zentrale" erarbeitete Kartei wurde 1959 in einer Kopie dem Bundesarchiv überlassen.

Auf Initiative der Landsmannschaft Westpreußen und ihrer Zeitung "Der Westpreuße" wurden in den 50er Jahren Erlebnisberichte von Zeitzeugen gesammelt, die sich heute im Bundesarchiv befinden. Eine abschließende Untersuchung wurde zwar immer wieder angekündigt, fehlt aber bis heute.

August Müller, der ehemalige Oberschulrat des Regierungsbezirks Bromberg, wurde mit der weiteren Auswertung der in Deutschland vorhandenen Unterlagen betraut. Er konnte noch viele weitere Zeitzeugen befragen, bis er 1989 verstarb. Müllers immer noch nicht aufgearbeiteter Nachlaß befindet sich zur Zeit in der Dokumentensammlung des Herder-Institutes an der Universität Gießen. Nach Auskunft des Vorsitzenden der "Historischen Kommission für das

Deutschtum in Polen" (so der derzeitige Name), Dr. Markus Krzoska, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Gießen, stehen die Akten der Öffentlichkeit grundsätzlich zur Verfügung, doch behalte er sich vor, wie er auf Anfrage mitteilte, die Bestände für bestimmte Personen zu sperren.

Auf die Frage nach den Gründen und Kriterien antwortete er, diese Unterlagen dürften nicht "für rechtsradikale Zwecke mißbraucht" werden. Die Frage, wie "rechtsradikale Zwecke" definiert würden und welche Richtlinien einer eventuellen Sperrung zugrunde liegen, beantwortete er ausweichend.<<

**Frankreich, Großbritannien:** Der britische Premierminister Chamberlain gibt am 3. September 1939 vor dem Unterhaus den Kriegszustand bekannt (x243/68): >>... Für uns ist dies ein Trauertag und für niemanden mehr als für mich.

Alles, wofür ich gearbeitet habe, alles, was ich hoffte, alles, woran ich in meinem öffentlichen Leben geglaubt habe, ist zertrümmert und zerbrochen. ...<<

Sir Winston S. Churchill (1874-1965, Nachkomme des ersten Herzogs von Marlborough, von 1940-45 britischer Premier- und Verteidigungsminister) erklärt am 3. September 1939 vor dem Unterhaus (x311/462): >>... Wir kämpfen weder für Danzig noch für Polen, wir kämpfen, um die ganze Welt von der Geißel der Nazityrannen zu befreien und alles zu verteidigen, was den Menschen am heiligsten ist. Dieser Krieg hat weder eine Herrschaft, noch eine Vermehrung der imperialistischen Macht oder einen materiellen Gewinn als Ziel. Er ist genau so wenig geführt, um jemandem seine Entwicklungsmöglichkeiten oder seinen Platz an der Sonne zu rauben.

Man betrachte die wirklichen Gründe! Man wird dann sehen, daß es sein Ziel ist, unantastbare Grundlagen für die Rechte des Individuums zu schaffen sowie die Wiedergeburt und das Überleben der menschlichen Persönlichkeit zu sichern. ... Wir müssen diese Prüfung mit allen uns zur Verfügung stehenden Kräften aufgreifen und mit dem Willen, es siegreich zu schaffen. ...

Vorwärts, Ihr Soldaten Christi ...<<

Der britischen Premierminister Winston Churchill erklärt am 3. September 1939 zur britischen Kriegserklärung (x353/63): >>... Dies ist ein englischer Krieg, und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands.<<

Die englische Sonntagszeitung "Sunday Correspondent" berichtet (später) am 17. September 1939 (x352/57): >>Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ... oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.<<

Frankreich und England kommen ihren Beistandsverpflichtungen jedoch trotz Kriegserklärung nicht nach, so daß die polnische Armee kurzfristig vernichtend geschlagen wird.

An den westdeutschen Grenzen stehen zwar über 100 gutausgerüstete französische und britische Divisionen, aber die zahlenmäßig überlegenen Westalliierten wagen damals keinen Entlastungsangriff gegen die 23 deutschen Divisionen, um ihre polnischen Verbündeten zu unterstützen (x076/243).

Die Franzosen führen lediglich Spähtruppenunternehmen vor dem Westwall durch, während England einige Flugblattaktionen organisiert (Beginn des "Komischen Krieges"). Diese mangelnde französisch-britische Kampfbereitschaft rettet nicht nur die schwachen deutschen Truppen an der Westfront, sondern dieser strategische Fehler führt schließlich auch 1940 zur katastrophalen Niederlage der Franzosen und Briten.

#### **04.09.1939**

**Westkrieg:** Belgien, Norwegen, Finnland, Spanien, Japan, Argentinien und Brasilien erklären am 4. September 1939 ihre Neutralität.

### **05.09.1939**

**NS-Regime:** Die Juden müssen seit dem 5. September 1939 alle Rundfunkgeräte abliefern und ab 20 Uhr zu Hause bleiben.

Die NS-Justiz erläßt im Rahmen des Kriegssonderstrafrechts am 5. September 1939 die "Verordnung gegen Volksschädlinge", um die Möglichkeiten der Strafverfolgung und der Bestrafung drastisch auszuweiten (x149/100): >>... Straftaten, die unter Ausnutzung kriegsbedingter Verhältnisse begangen werden (z.B. während der Verdunkelung bei nächtlichen Bombenangriffen) werden mit dem Tode bestraft.<<

Der deutsche Assessor Christoph Schmidt schreibt später über die "Volksschädlinge" (x051/613): >>Volksschädlinge, um die Jahrhundertwende auftauchende Übertragung des landwirtschaftlichen Schädlingbegriffs auf Menschen; bald beliebte Vokabel im antisemitischen und nationalistischen Schlagwortrepertoire.

Gerade die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie nutzte die Bezeichnung "Volksschädling" gern zur Ausgrenzung Mißliebiger und in der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vom 5.9.39 (RGBl 1, S. 1.679) zur drastischen Ausweitung der Möglichkeiten der Strafverfolgung und des Strafrahmens.

Danach konnten praktisch alle Straftaten, die jemand unter Ausnutzung der besonderen Verhältnisse im Krieg beging, mit der Todesstrafe geahndet werden.

§ 2 sah die Höchststrafe vor bei jedem Delikt gegen Leib, Leben oder Eigentum,

§ 4 auch bei sonstigen Straftaten, "wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit der Straftat" erforderte.

Ab Kriegsbeginn lag es in der Macht der Staatsanwaltschaft, ein Delikt vor einem normalen Gericht mit normalem Verfahren und Strafmaß anzuklagen oder durch Kombination einer Strafnorm mit der "Verordnung gegen Volksschädlinge" vor dem hiernach (§ 1 Absatz 2) zuständigen Sondergericht. Verfahrensrechtliche Sicherungen für den Angeklagten waren nach § 5 aufgehoben, wenn er auf frischer Tat getroffen wurde "oder sonst seine Schuld offen zutage" lag. Er mußte dann sofort ohne Einhaltung der Fristen abgeurteilt werden.

Die "Verordnung gegen Volksschädlinge" dürfte die häufigste "Rechts"-Grundlage gewesen sein für die ca. 15.000 von zivilen Gerichten ausgesprochenen Todesurteile zwischen 1941 und 45.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges werden unentwegt neue Strafvorschriften erlassen, die vielfach Todesstrafen vorsehen. Die Zahl der "todeswürdigen Delikte" erhöht sich von 3 (1933) auf 46 (1942).

Ernst von Weizsäcker schreibt am 5. September 1939 (x033/13): >>... Nun sind wir im Kampf. Gebe Gott, daß nicht alles, was gut und wertvoll ist, dabei vollends zugrunde geht.<< Das NS-Regime führt vielerorts Massenverhaftungen von politischen Staatsfeinden durch.

### **15.09.1939**

**UdSSR:** Der sowjetische Außenminister Molotow erklärt am 15. September 1939 (x063/590): >>Der polnische Staat ist zerfallen. Er existiert nicht mehr. Ein schneller Schlag gegen Polen zuerst von der deutschen Wehrmacht und dann von der Roten Armee – und nichts bleibt übrig von diesem scheußlichen Gebilde des Versailler Vertrages. ...<<

### **17.09.1939**

**UdSSR, Polen:** Die Sowjetunion greift am 17. September 1939 in den Krieg gegen Polen ein. Nachdem der deutsch-polnische Krieg fast entschieden ist, greifen sowjetische Truppen die ostpolnische Grenze an.

Um 6.00 Uhr morgens marschieren 2 sowjetische Heeresgruppen (die Ukrainische und die Weißrussische Front) in Ostpolen ein, während sich die deutschen Truppen vereinbarungsgemäß auf die Narew-Weichsel-San-Linie zurückziehen.

Der polnische Staatspräsident Moscicki flieht am 17. September 1939 mit der polnischen Re-

gierung nach Rumänien. Moscicki wird dort vorübergehend interniert und findet später in London Zuflucht.

Stalin erklärt am 17. September 1939 in Moskau (x064/140): >>... (daß) der polnische Staat und seine Regierung tatsächlich aufgehört haben zu existieren. ...<<

Stalin läßt diese "Befreiungsmission" angeblich durchführen, um die slawische Bevölkerung in den polnischen Gebieten der Westukraine, Belorußland und in Bessarabien vor der faschistischen Versklavung zu "schützen".

Stalin, der Hitler im Jahre 1939 bewußt die Angreiferrolle überlassen hat, begründet vor der Weltöffentlichkeit die Besetzung Ostpolens mit dem Schutz der Ukrainer und Weißrussen (x064/140): >>Die Sowjetregierung kann sich ... nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutsmäßig verwandten Ukrainer und Weißrussen, die auf dem Territorium Polens leben und der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.

Angesichts dieser Sachlage hat die Sowjetregierung das Oberkommando der Roten Armee angewiesen, den Truppen Befehl zu erteilen, die Grenze zu überschreiten und das Leben und Eigentum der Bevölkerung der westlichen Ukraine und des westlichen Weißrußland unter ihren Schutz zu nehmen. Gleichzeitig beabsichtigt die Sowjetregierung, alle Maßnahmen zu treffen, um das polnische Volk aus dem unseligen Krieg herauszuführen, in den es durch seine unvernünftigen Führer gestürzt wurde, und ihm die Möglichkeit zu geben, ein friedliches Leben wieder aufzunehmen. ...<<

In den Jahren 1939-41 verschleppen die Sowjets etwa 1,65-2,5 Millionen "unzuverlässige" Staatsbürger (Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen) aus Ostpolen zur Zwangsarbeit nach Sibirien (x025/172, x061/499, x063/678, x064/142).

Weit über 50 % der ostpolnischen Verschleppungsoffer überleben die Deportationen in die Sowjetunion wahrscheinlich nicht (x025/172-173).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schreibt später über die "Sowjetische Befreiungsmission" in Ostpolen (x026/18-19): >>Nachdem Wehrmacht und Rote Armee im September 1939 Polen angegriffen und überrannt hatten, annektierte die Sowjetunion die Gebiete Polens mit ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerungsmehrheit. Die anschließende Säuberung vollzog sich nach stalinistischem Muster: Massenerschießung von Mißliebigen und Massendeportation von potentiellen Regimegegnern in den Archipel Gulag.

Verschleppt wurden so gut wie alle Flüchtlinge aus West- und Mittelpolen, Vertreter des öffentlichen Dienstes, alle Gebildeten und Wohlhabenden. Von den 1,65 bis 2,5 Millionen Deportierten waren 52 % Polen, 30 % Juden und 12 % Ukrainer und Weißrussen. Weit über die Hälfte dieser Unglücklichen dürfte umgekommen sein. ... Von den 230.000 polnischen Kriegsgefangenen in der UdSSR dürften insgesamt nur 82.000 überlebt haben. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtet später über das Schicksal der polnischen Deportierten (x080/328): >>Selbst nach den Maßstäben des Gulag waren die polnischen Gefangenen mit äußerster Brutalität behandelt worden und hatten überdurchschnittlich viele Todesopfer zu beklagen. Stalin hegte anscheinend einen besonders böartigen Groll gegen die Polen - womöglich deshalb, weil sie 1920 bei Lemberg seinen Sieg vereitelt hatten. ...<<

### **27.09.1939**

**NS-Regime:** Am 27. September 1939 werden die zentralen Ämter der Sicherheitspolizei, (Sipo) und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) im Reichssicherheitshauptamt zusammengefaßt.

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) wird danach zur Zentrale der NS-Terrormaßnahmen. Das RSHA ist Himmler unterstellt (Leitung bis 4. Juni 1942: Heydrich, ab 30. Januar 1943: Kaltenbrunner). Die RSHA-Abteilungen erteilen den Befehlshabern der Gestapo-, SD- und SS-Einheiten direkte Weisungen, so daß eine Art SS-Nebenregierung entsteht. Während des Zweiten Weltkrieges errichten die verschiedenen RSHA-Organisationen in den besetzten

Ländern fast lückenlose Terror-Verwaltungen.

Heinrich Müller (1900 in München geboren) leitet das RSHA-Amt IV (Geheime Staatspolizei). Der gefühlsrohe Gestapo-Chef entwickelt dort mit seinen Mitarbeitern die "routinemäßige, bürokratische Massentötung".

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die NS-Sicherheitspolizei (x051/537-538): >>Sicherheitspolizei (Sipo), im Zuge der Neuordnung der deutschen Polizei neben der Ordnungspolizei (Orpo) zweite Säule der polizeilichen Organisation, umfassend die Geheime Staatspolizei (Gestapo), die Kriminalpolizei (Kripo) und die Grenzpolizei.

Leiter der Sicherheitspolizei wurde Heydrich, der zugleich Chef des Sicherheitsdienstes der SS (SD) war. Er faßte beide Organisationen mit Bildung des Reichssicherheitshauptamts am 27.9.39 zusammen. Sie waren Träger der Einsatzgruppen, die der Wehrmacht bei den deutschen Feldzügen folgten und neben sicherheitspolizeilichen Maßnahmen v.a. Aufgaben der Judenverfolgung und -liquidierung erfüllten.<<

Der deutsche Assessor Ulrich Bachmann schreibt später über das "Reichssicherheitshauptamt" (x051/483-484): >>Reichssicherheitshauptamt (RSHA), am 27.9.39 als "Zusammenfassung der zentralen Ämter der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS (SD)" geschaffene Behörde.

Mit Gründung des RSHA wurde der v.a. von Himmler angestrebte Verschmelzungsprozeß von Ämtern aus dem staatlichen Bereich mit Ämtern aus der nationalsozialistischen Bewegung abgeschlossen. Das RSHA war Himmler unterstellt und wurde zuerst von Heydrich (bis zu seinem Tod 4.6.42), vorübergehend von Himmler selbst und ab 30.1.43 von Kaltenbrunner geleitet. Es gliederte sich in zunächst sechs, ab 1940 in sieben Ämter:

Amt I unter Bruno Streckenbach war für Personalfragen, also v.a. für Auswahl und Linientreue der Mitarbeiter zuständig.

Amt II unter Best, später unter Hans Nockmann, war die juristische Abteilung und zuständig für Organisation, Recht und Verwaltung.

Amt III unter Ohlendorf war der ursprüngliche SD, nun als Inlandsnachrichtendienst bezeichnet.

Amt IV war die Geheime Staatspolizei unter H. Müller,

Amt V das Reichskriminalpolizeiamt unter Nebe,

Amt VI der Auslandsnachrichtendienst unter Heinz Jost, später unter Schellenberg.

Amt VII unter Franz Six, später Paul Dittel, war für "weltanschauliche Forschung und Auswertung" zuständig, es archivierte Materialien und Literatur der politischen und ideologischen Gegner.

Das RSHA war die Zentrale der außergerichtlichen nationalsozialistischen Terror- und Repressionsmaßnahmen ab Kriegsbeginn bis 1945. Insbesondere die Ämter III und IV waren berichtigt für den Terror im Innern und in den besetzten Gebieten. Dort setzte das RSHA zur "Gegnerbekämpfung" u.a. mobile Einsatzgruppen ein.

Mitte 41 wurde dem RSHA die "technische Durchführung" der Endlösung übertragen. Ab September 42 konnte das RSHA Gerichtsurteile "durch Sonderbehandlung korrigieren", d.h. die Betroffenen liquidieren; es griff in die Zuständigkeitsbereiche der Justiz, z.B. in schwebende Verfahren, ein und übte ab November 42 die gesamte Strafrechtspflege aus gegenüber Polen und Juden in den besetzten Gebieten, von Sommer 43 an auch im Reich.<<

### **28.09.1939**

**UdSSR:** Die Außenminister Molotow und von Ribbentrop ändern am 28. September 1939 den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag und verlegen die am 23.08.1939 vereinbarte sowjetische Grenze von der Weichsel an den Bug.

Die Sowjetunion soll nach dem deutsch-polnischen Krieg zum Ausgleich Ostpolen (Westukraine) und die baltischen Länder (Estland, Lettland und Litauen) besetzen. Hitler, der an-

gebliche Todfeind des Bolschewismus, öffnet der sowjetischen Expansion damit endgültig den Weg nach Westeuropa (x063/590).